

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Gesetze zum Vertrag von Lissabon: Ausfertigung, Verkündung, Inkrafttreten

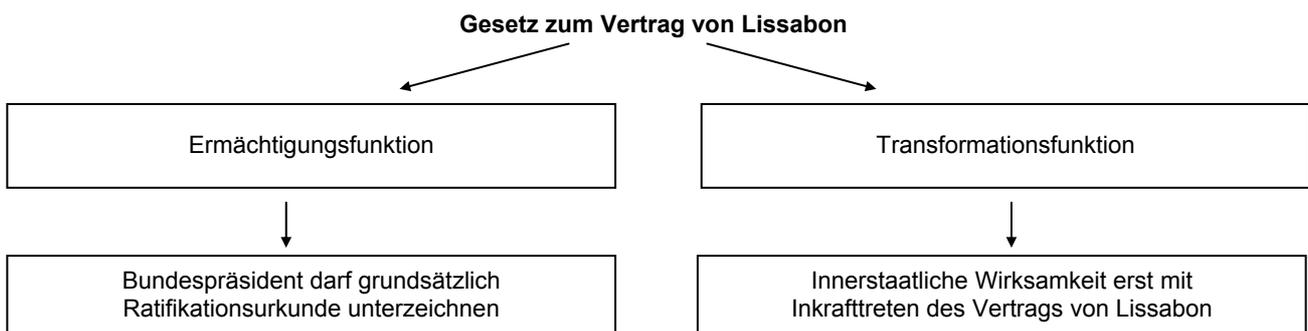
Der Vertrag von Lissabon wird in Deutschland durch drei Gesetze umgesetzt. Für zwei dieser drei Gesetze ist mit der **Ausfertigung** durch den Bundespräsidenten und der **Verkündung** im Bundesgesetzblatt im Oktober 2008 das innerstaatliche Ratifizierungsverfahren beendet: für das Gesetz zum Vertrag von Lissabon (auch Zustimmungsgesetz oder Vertragsgesetz genannt) und für das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes. Das so genannte Begleitgesetz wurde noch nicht ausgefertigt.

1. Ausfertigung und Verkündung

Gemäß Art. 82 Abs. 1 Grundgesetz (GG) schließen Ausfertigung und Verkündung das Gesetzgebungsverfahren ab: Ist das Gesetz nach Art. 77 GG zustande gekommen, veranlasst das federführende Ministerium die Herstellung der Urschrift, § 58 Abs. 1 und 2 Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO). Dann erfolgt die Gegenzeichnung des Bundeskanzlers und sonst zu beteiligender Bundesminister, Art. 82 Abs. 1 S. 1 GG, Art. 58 S. 1 GG, § 58 Abs. 3 GGO. Sie unterschreiben das Gesetz; es wird – versehen mit dem großen Bundessiegel und, wenn es aus mehreren Blättern besteht, mit schwarzrotgoldener Schnur – dem Bundespräsidialamt zugeleitet, § 59 Abs. 1 GGO. Der Bundespräsident fertigt aus, indem er die Gesetzesurkunde mit vollem Namen unterzeichnet und datiert. Damit bestätigt er, dass die Gesetzesurkunde mit dem von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Gesetz übereinstimmt. Das Bundespräsidialamt leitet das ausgefertigte Gesetz der Schriftleitung des Bundesgesetzblatts zur Verkündung im Bundesgesetzblatt zu, § 60 S. 1 GGO. Die Schriftleitung liegt beim Bundesamt für Justiz.

2. Die Umsetzung des Vertrags von Lissabon

Das **Gesetz zum Vertrag von Lissabon** ist am 8. Oktober 2008 durch den Bundespräsidenten ausgefertigt und am 14. Oktober 2008 verkündet worden. Es ist gemäß seinem Art. 2 Abs. 1 am Tag nach der Verkündung in Kraft getreten, d.h. am 15. Oktober 2008. Inkrafttreten bedeutet, dass das Gesetz wirksam ist. Bei einem **Zustimmungsgesetz** zu einem Vertrag besteht jedoch die Besonderheit, dass es **zwei Funktionen** vereint: Das Gesetz ermächtigt den Bundespräsidenten, die Ratifikationsurkunde zu unterzeichnen und zu hinterlegen (Ermächtigungsfunktion). Und das Gesetz setzt den Vertragsinhalt in deutsches Recht um (Transformationsfunktion). Da der Vertrag jedoch erst in Kraft tritt, wenn alle Mitgliedstaaten die Ratifikationsurkunde bei der italienischen Regierung hinterlegt haben, kann das Zustimmungsgesetz seine Transformationsfunktion noch nicht erfüllen. Es dürfte hinsichtlich der innerstaatlichen Wirksamkeit aufschiebend bedingt sein durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon.



Das Bundespräsidialamt hat allerdings bereits am 30. Juni 2008 mitgeteilt, dass **Bundespräsident** Horst Köhler die **Ratifikationsurkunde nicht unterzeichnen** wird bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Zurzeit sind mindestens 12 Verfahren zur Verfassungsmäßigkeit des Zustimmungsgesetzes anhängig, darunter Organklagen und Verfassungsbeschwerden. Unterzeichnung und Hinterlegung der Ratifikationsurkunde gehören nicht mehr zum innerstaatlichen Umsetzungsverfahren.

Das zweite Gesetz, das **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes**, ist am 8. Oktober 2008 ausgefertigt und am 16. Oktober 2008 verkündet worden. Das Gesetz tritt gemäß seinem Art. 2 an dem Tag in Kraft, an dem der Vertrag von Lissabon nach dessen **Art. 6 Abs. 2** für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt: „Dieser Vertrag tritt am 1. Januar 2009 in Kraft, sofern alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind, oder andernfalls am ersten Tag des auf die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde folgenden Monats.“

Das dritte Gesetz, das so genannte **Begleitgesetz**, ist noch nicht ausgefertigt und verkündet. Der Grund: Ein Gesetz, das auf einer Grundgesetzänderung beruht, darf nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erst nach dem Inkrafttreten des verfassungsändernden Gesetzes ausgefertigt werden. Da das Inkrafttreten der Grundgesetzänderung vom Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon abhängt, darf das Begleitgesetz noch nicht ausgefertigt werden.

3. Die Umsetzung des Maastricht-Vertrags im Vergleich

Den Vertrag über die Europäische Union – den so genannten Maastricht-Vertrag – setzte die Bundesrepublik 1992 und 1993 durch vier Gesetze um: Das Gesetz zum Maastricht-Vertrag trat am 31. Dezember 1992 in Kraft. Auch der damalige Bundespräsident sicherte dem Bundesverfassungsgericht zu, die Ratifikationsurkunde nicht zu unterzeichnen vor einer Entscheidung des Gerichts. Anders als jetzt war das Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes nicht vom Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags abhängig gemacht worden. Die beiden Begleitgesetze sind im März 1993 ausgefertigt und verkündet worden; sie traten mit dem Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags, dem Tag der Gründung der Europäischen Union, am 1. November 1993 in Kraft. Die deutsche Ratifikationsurkunde war am 13. Oktober 1993 hinterlegt worden – einen Tag nach dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Quellen:

- BVerfGE 34, 9 (22 ff.) - Besoldungsvereinheitlichung; BVerfGE 42, 263 (283 ff.) - Contergan.
- Hölscheidt/Schotten, Von Maastricht nach Karlsruhe, 1993 (insbesondere S. 69 ff.).
- Maurer, in: Bonner Kommentar, Band 9, 54. Lieferung (Zweitbearbeitung von Art. 82, Stand Juni 1988).
- Menzenbach/Thomas, Zum Abschluss der innerstaatlichen Umsetzung des Vertrages von Lissabon, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Aktueller Begriff vom 21. Oktober 2008.
- Pressemitteilung des Bundespräsidialamts vom 30. Juni 2008.
- Telefonische Auskunft des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 2008.

Lissabon:

- Gesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007, vom 8. Oktober 2008, BGBl. II vom 14. Oktober 2008, S. 1038 (Gesetzentwurf BT-Drs. 16/8300, Beschlussempfehlung und Bericht 16/8917).
- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93), vom 8. Oktober 2008, BGBl. I vom 16. Oktober 2008, S. 1926 (Gesetzentwurf BT-Drs. 16/8488, Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 16/8912).
- Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union (Begleitgesetz, [Gesetzentwurf BT-Drs. 16/8489, Beschlussempfehlung und Bericht, BT-Drs. 16/8919]).

Maastricht:

- Gesetz zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union, vom 28. Dezember 1992, BGBl. II vom 30. Dezember 1992, S. 1251 (Gesetzentwurf BT-Drs. 12/3334, Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 12/3895).
- Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, vom 21. Dezember 1992, BGBl. I vom 24. Dezember 1992, S. 2086 (Gesetzentwurf BT-Drs. 12/3338, Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 12/3896).
- Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (Begleitgesetz), vom 12. März 1993, BGBl. I vom 19. März 1993, S. 311 (Gesetzentwurf BT-Drs. 12/3614 [inhaltlich identisch mit 12/3609], Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 12/3896).
- Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union, vom 12. März 1993, BGBl. I vom 19. März 1993, S. 313 (Gesetzentwurf BT-Drs. 12/3540, Beschlussempfehlung und Bericht BT-Drs. 12/3896).
- BVerfGE 89, 155 - Maastricht.
- Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrags über die Europäische Union, vom 19. Oktober 1993, BGBl. II vom 30. Oktober 1993, S. 1947.